

Gesinnungs-TÜV für Incirlik

AKP-Politiker will Sonderüberprüfung für Linke-Abgeordnete vor Besuch der türkischen Airbase

Der türkische AKP-Abgeordnete Mustafa Yeneroglu erwartet eine gesonderte Überprüfung von Bundestagsabgeordneten der Partei Die Linke vor Besuchen auf der Luftwaffenbasis Incirlik. Als Grund nannte er die mutmaßliche Unterstützung von Teilen der Linksfraktion für die verbotene Arbeiterpartei Kurdistan PKK. »Bei den Abgeordneten der Linke-Fraktion gehe ich davon aus, dass das türkische Außenministerium äußerst sensibel prüfen wird, ob auf der demnächst erwarteten Besucherliste auch solche sind, die die Terrororganisation PKK aktiv unterstützen«, sagte Yeneroglu am Freitag der *Deutschen Presseagentur (dpa)* in Istanbul. Der Obmann der Linkspartei im Verteidigungsausschuss, Alexander Neu, wertete die Äußerung als »Einschüchterung und Drohung«. Er fordere »die vollständige Gleichbehandlung zu den übrigen Abgeordneten seitens der türkischen Regierung sowie selbstverständlich eine Garantie für meine Sicherheit«, sagte Neu der *dpa*. Die Bundesregierung und den Bundestagspräsidenten forderte er auf, »derartige Äußerungen der türkischen Seite auf das schärfste zurückzuweisen«. Parlamentarier wollen am 5. Oktober die deutschen Soldaten in Incirlik besuchen.

Tatsache ist, dass sich Politiker der Linksfraktion trotz unterschiedlicher Meinungen über die PKK gegen das seit 1993 bestehende Verbot der Partei in Deutschland einsetzen. Im Herbst 2014 dachte aber auch Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) laut darüber nach, die PKK im Kampf gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« durch Waffenlieferungen zu unterstützen. Inzwischen hat die Bundesregierung ihre Linie wieder geändert. Um den Incirlik-Besuch zu ermöglichen, hatte Regierungssprecher Steffen Seibert am 2. September erklärt, die Resolution des Bundestags zu den osmanischen Massakern an den Armeniern 1915 und deren Einstufung als Völkermord seien rechtlich nicht bindend. Die Linke hat bisher offengelassen, ob sie in Incirlik sein wird. »Wir müssen das noch besprechen, wegen der Bedingungen, unter denen die

türkische Zusage erkaufte worden ist«, sagte Neu. (dpa/jW)

<http://www.jungewelt.de/2016/09-10/066.php>